

# Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Rotationsdruck und Verlag von Baumer & Winterlich in Riesa. — Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Höhnel in Riesa.

Nr. 146.

Mittwoch, 26. Juni 1912, abends.

65. Jahrg.

## Ministerprogramme.

Unter diesem Titel bringt die „Leipz. Zeit.“ folgende Auslassungen, die sich mit ausschauerregenden Verhandlungen des Dresdner Konservativen Vereins befassen:

„In seiner letzten ordentlichen Generalsversammlung hat sich der Konservative Verein zu Dresden auf Grund eines Vortrages des Abgeordneten Dr. Böhme mit der Tätigkeit des Landtages beschäftigt. Die Mitteilungen welche hierüber der Presse zugegangen sind, sind nicht ausführlich genug, um die Sichtung des Vortragenden und der konservativen Partei zu den einzelnen Regierungsvorlagen entnehmen zu können. Vielleicht war es allzu große Bescheidenheit, welche den Referenten über das Gemeindewesen abgehalten hat, die gebiegene Arbeit, welche die Gesetzgebungscommission bei diesem wichtigen Gesetzentwurf geleistet hat, ins richtige Licht zu stellen. Nach den Mitteilungen der Presse scheint der Herr Vortragende dem Bedürfnisse seiner Zuhörer entsprechend seinen Bericht mehr auf parteipolitische Gesichtspunkte zugeschnitten zu haben. Darauf lassen wenigstens die Sätze schließen, welche sich mit der Persönlichkeit der Minister beschäftigen. Wir haben keinen Anlaß, zu erörtern, ob die von dem Abgeordneten Dr. Böhme gegebene Charakterisierung der leitenden Persönlichkeiten richtig ist; nicht nur bestreiten, weil uns derartige Rekrosse noch etwas verfrüht erscheinen, sondern auch, weil jede auf das persönliche Gebiet eingreifende Kritik je nach der Persönlichkeit, von der sie ausgeht, subjektiv gefügt ist und je nach der Persönlichkeit des Lesers als richtig oder unrichtig empfunden werden wird. Darin liegt zugleich ihr Reiz und ihre problematische Wert. Nur mit einer Forderung des Abgeordneten Dr. Böhme möchten wir uns beschäftigen. Das ist die Forderung, daß die Regierung vor jeder Tagung ihre Stellung zur Gesamtpolitik programmatisch bekanntgabe. So verständlich es uns ist, daß gerade dieser Satz von einer liberalen Zeitung gebilligt worden ist, so merkwürdig mutet er uns in einer konservativen Versammlung an. Ministerprogramme sind ein Wesenzug des Parlamentarismus. In einem parlamentarisch regierten Staate gibt es kein Ministerium ohne Programm, keine parlamentarische Mehrheit ohne Programm. Die verschiedenen Fraktionen mögen in ihren Forderungen noch so sehr auseinandergehen, haben sie sich einmal durch das Schlagwort eines neuen Programms gewinnen lassen, so ist eine neue Mehrheit da und so erscheint auch alsbald ein neues Ministerium auf der Bildfläche, freilich um alsbald wieder zu verschwinden, sobald sich herausstellt, daß sich unter manchen vollzöhnenden Schlagworten des Programms jedes Mitglied der Mehrheit etwas anderes gedacht hat. So bilden Ministerprogramme das unentbehrliche Handwerkzeug parlamentarischer Staatskunst. Die Minister aber leben von der Gnade ihrer Mehrheit oder richtiger von der Zugkraft ihrer Programme und von taktischen Geschicklichkeit, diese Zugkraft durch die nötige Elastizität zu erhalten und gegen allzu große Anspannung zu schützen. Im monarchischen Staate werden Ministerprogramme niemals zu solcher Bedeutung gelangen. Dazu zeigt sich auch hier die Notwendigkeit, bei bestimmten Anlässen das Landzutun, was der Regierung im Interesse des Staates für nötig dünkt. Wir erinnern an die Kaiserliche Botschaft über die Notwendigkeit sozialer Reformen. Auch jede Thronrede enthält mehr oder weniger ein Programm. Darin unterscheidet sich aber das Programm eines Mi-

nisters im monarchischen Staate von dem Programm eines Ministers im parlamentarischen, daß das letztere immer auf die politischen Parteien und deren Wünsche zugeschnitten ist. Es enthält immer ein Werben um die Gunst der Parteien. Der Minister, der das Vertrauen seines Königs besitzt, hat diese Mittel nicht notwendig. Sein Programm wendet sich an alle auf nationalen Dokten stehenden Parteien. Niemand zu Lieb und niemand zu Leid.“

## Der Krieg zwischen Italien und der Türkei.

Der Konstantinopler „Tonin“ besaß sich mit der Frage des Friedensschlusses und weiß den Gedanken zuerst, daß der Friede deshalb nicht geschlossen worden sei, weil Italien für Tripolis nicht in ein Regime habe einzwilligen wollen, das bem in Ägypten und Tunis analog wäre. Das Blatt führt fort: Die Türkei sucht keine Aussicht, um aus der Tripolissäure herauszukommen. Wir verlieren kein Blut für den Schaden einer Souveränität, sondern wir vertheidigen die willkürliche Souveränität und meinen, daß es notwendig ist, dies darzulegen. Italien könnte nur dann mit Recht die Eroberung von Tripolis beanspruchen, wenn es ganz Tripolis besetzt hätte. Dann könnten wir auch nach einem Weg zu einer Verständigung suchen. Heute kann Italien das Eroberungsrecht nur auf die von ihm besetzten Punkte an der Küste beanspruchen. Verhandlungen könnten sich bloß mit der Souveränität für diese besetzten Punkte befreien.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Zum Gouverneur von Samoa wurde der seitliche Oberrichter und erste Referent beim Gouvernement, Geh. Regierungsrat Dr. Schulz ernannt. Der seitliche Gouverneur von Togo, Brückner, tritt wieder in die Kolonialzentralverwaltung ein und ist zum Geheimen Oberregierungsrat und vortragenden Rat im Reichskolonialamt ernannt worden.

Schon seit längerer Zeit wünscht unsere Industrie eine reichsgelebliche Regelung des Submissionswesens. Jeder Tag bringt neue Klagen, daß die Art und Weise der Handhabung des Submissionswesens in Deutschland zu unerträglichen Zuständen führt und für Handel und Wandel die schädigenden Folgen herbeiführt. Eine baldige gesetzliche Regelung durch das Reich wird von allen Seiten für notwendig gehalten. Bisher haben ja die maßgebenden staatlichen Faktoren sich, wenn nicht gerade ablehnend, so doch abwartend verhalten. In der letzten Zeit soll jedoch ein Umschwung eingetreten sein, und es heißt, daß dieser schließlich doch zu einem Niederschlag in Form einer gesetzgeberischen Maßnahme führen werde. Der Deutsche Handelsring gedenkt auch in dieser Angelegenheit vorzugehen. Und die Zukunft wird wohl dann nicht mehr fern sein, wo die Wünsche aller Handel- und Gewerbetreibenden erfüllt sind.

Einen hübschen Beitrag zur Ostmarkenpolitik liefert ein Schreiben, das ein ostpreußischer Besitzer mit Namensunterschrift in der „Königl. Alz. Zeit.“ veröffentlicht: „Es wird fast in allen nationalen Zeitungen gebrandmarkt, wenn ein deutscher Besitzer seine Besitzungen an einen Polen verkauft. Hierzu möchte ich kurz bemerken, daß ich meine im Kreise Oelsko belegene, im September übernommene Besitzung bewegen kurz nach der Übernahme an einen

Polen mit einem Verdienst von 12 000 M. hätte verkaufen können; ich tat es nicht; meine Besitzung kam unter Zwangsverwaltung, ich verlor mein ganzes Hab und Gut, als Zwangsverwalter aber wurde ein Pole eingesetzt. Auf meine Beschwerde darüber bekam ich unter dem 28. November 1911 von dem Königlichen Amtsgericht Marggrabowa den Bescheid, es sei nicht erlaubt, innerfern dadurch eine ordnungsmäßige Führung der Zwangsverwaltung gefördert werden könnte. Hochachtungsvoll Oscar Wiegling, Mieskunnen im Kreis Oelsko.“

Von der bessischen Regierung sind neue sehr scharfe Bestimmungen über den Handel mit Grundstücken erlassen worden. So darf z. B. ein Güterhändler erst dann ein Grundstück erwerben oder verkaufen, wenn das zuständige Kreisamt zwei Wochen vorher davon schriftlich Kenntnis hat. Desgleichen muß der Eigentümer des Grundstücks schriftlich seine Verkaufsberechtigung ausstellen. Der Verkauf muß zwei Monate später abgeschlossen sein, da er sonst ungültig ist. Man hofft auf diese Weise, den Güterhandel und die Güterschlächterei einzuschränken, da die Behörde Mittel und Wege hat, um vorher gegen etwaige schändliche Maßnahmen einzuschreiten.

Der Ausschuss des Deutschen Handelstags lehnte den Antrag, für den Kleinhandel eine besondere Verunsicherungsschicht zu errichten, mit knapper Mehrheit ab. Der Antrag soll dem nächsten Handelstag nochmals zur Beratung vorgelegt werden.

Die Bekämpfung der Bigeneroplage ist jetzt, wie die Neue Pol. Korresp. mitteilt, auf Anordnung des Ministers des Innern für Preußen durch einheitliche Polizeiverordnungen der Oberpräsidenten erfolgt. Danach ist Bigener und nach Bigenerart umherziehenden Personen das Zusammentreffen in Horden auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten. Als Horde gilt eine Vereinigung mehrerer Familien oder eine Vereinigung einzelner Personen mit einer Familie, zu der sie nicht gehören; es sei denn, daß es sich um Personen handelt, deren Mithilfe durch Verbrechen in einem Wandergewerbechein ausdrücklich erlaubt ist. Gu-

## Modewarenhaus Riedel

Riesa

Inh. Bruno Hasse — Ecke Goethe- u. Schützenstr.

### Korsetts

### Untertaillen

mit den guten Stickereien

### Damen-Leibwäsche

mit der sauberen Näharbeit.

## Gosdene Ketten.

Roman von Clarissa Lohde.

ihrem Leid, ihren Selbstvorwürfen, die sie sich macht, Sie würden Mitleid mit ihr haben.“

„Ich begreife — ja — und kom her, weil meine Mutter es wünschte. Sagen Sie das der gnädigen Frau, Berta.“

„Mit kurzem Grunde verließ sie das Haus. Im Grunde war es ihr nicht unlieb, daß Katharina sie nicht angenommen hatte. Jetzt erst fühlte sie, wie schwer es ihr geworden wäre, sie jetzt schon wiederzusehen. Sie hatte der teuren Mutter den Willen getan, mehr wollte sie ja nicht.“

Nach Hause zurückgekehrt, stand sie ihren Mann schon mit nervöser Ungeduld ihrer herrend.

„Du wart bei Katharina?“

„Mama wünschte es so sehr, sie meinte, es sei unrecht, sich jetzt in dieser schweren Zeit nicht um sie zu kümmern. So versuchte ich es, sie zu sehen, wurde aber nicht angenommen.“

„Nicht angenommen? Ist sie zu stark dazu?“

„Das wohl nicht, aber sie ließ mir heraus sagen, sie fühle sich noch außer Stande, die Schwester des um ihretwillen Geopferter zu sehen.“

„Fatal, fatal! Und doch möchte sie vorbereitet werden. Ob ihr Vater aus München nicht kommt?“

„Ich glaube, sie hat in ihrer Aufregung vergessen, ihn zu benachrichtigen von dem, was geschehen, oder schwieg vielleicht auch absichtlich, um die Hochzeitstimmung den Übrigen nicht zu verderben. Doch warum soll sie vorbereitet werden?“

„Doch Justus fest entschlossen ist, die Scheidungslage einzutreten,“ entgegnete der Kommerzienrat mit gerunzelter Stirn.

„Wie? er, Justus will das tun? Ich dachte, Katharina hätte mehr Grund dazu.“

„Du kennst ihn — Katharina soll durchaus öffentlich ins Unterricht gesetzt werden, denn nur so glaubt er sich vor der Welt, die das Duell verurteilt, rehabilitieren zu können.“

„Unerhört!“ rief Leonie und legte ihre Hand fest auf den Arm des Gatten. „Das darfst Du nicht dulden, Philipp, schon um Mamas willen nicht, die mir neulich erst erklärte, Katharinas Ehe sei auch die Erics.“

„Ich habe gegen Justus bereits ausgesprochen, daß ich mich ganz auf die Seite seiner Frau stellen werde. Er war außer sich. Dass Du gegen mich Partei ergreifen würdest, davon war ich im voraus überzeugt,“ rief er. „Ich muß es ertragen, und Katharina wird auch ertragen müssen, was

nur die natürliche Konsequenz des Geschehenen ist. Wäre ich gefallen, so hätte ich freiheitlich für sie alles anders gestaltet, dann wäre sie in die Arme des glücklich überlebenden gefunnen und Ihr hätte nach Ablauf des obligaten Trauerjahrs eine fröhliche Hochzeit feiern können. Diese Hoffnung habe ich Euch zerstört.“

„Wie absurdlich!“ rief Leonie unwillig hervor. „Doch was ist zu tun, wie können wir Katharina schützen?“

„Ich meine,“ sagte der Kommerzienrat, sich in einen Stuhl werfend, und den Kopf in die Hand stützend, „Katharina müßte dazu bewogen werden, einen verbindlichen Schritt bei ihrem Manne zu tun, — Justus hat sie so sehr geliebt — wenn sie sich dazu entschließen könnte —“

„Ja, wenn!“ — rief Leonie lachend. „Ich fürchte jedoch, sie wird es nicht tun, es nicht über sich gewinnen. — Zwischen ihr und Justus wird sich immer der Schatten Erics, des unschuldigen Dahingepfosten erheben.“

„Dann wäre eine Verhöhnung ausgeschlossen?“

Leonie zuckte die Achseln.

„Ich glaube allerdings, es bleibt uns nur eins: dahin zu wirken, daß wenigstens jeder öffentliche Skandal vermieden, die Sache so still als möglich abgemacht wird.“

„Das soll sie — — dafür glaube ich trotz aller Widerrede von Justus einstehen zu können. — Unter alter hochgeachteter Name, den ich zu schützen habe als ältester Repräsentant des Hauses, gibt mir ein Recht dazu, von meinem Bruder zu verlangen, daß er alles daran setzt, ihn vor einem Maß zu bewahren. Ich wünsche nur, der Vater Katharinas wäre erst hier, damit man mit ihm alles besprechen könnte.“

Justus übrigens reiste heute noch mit seinem Freunde nach Thüringen, um dort das gegen ihn eingeleitete Verfahren abzuwarten, wie er mir sagte, in Wahrheit aber wohl nur, um dem Professor aus dem Wege zu gehen.“

„Was auch das beste wäre! — Wozu sollte jetzt eine Begegnung zwischen den beiden führen? Am Ende zu einem neuen Streitkampf!“

„Davor behütet uns Gott!“ rief der Kommerzienrat, seine Frau an sich ziehend, und ihr lächelnd ins Auge blickend.

„Arme Leonie! Daß Dir das durch meinen eigenen Bruder angelan werden mußte, all dies schwere Leid! — Dein Pepe läßt mich jetzt Dein Schildner.“

196.20

„Ah so! —“

Leonie machte ein etwas verlegtes Gesicht.

„Rehmen Sie's meiner gnädigen Frau nicht übel,“ bat Berta jetzt. „Ich, sie kann sich noch nicht überwinden, die Schwester des guten, lieben Deutnants wiederzusehen, der sie in den Tod gegangen. Wenn Sie sie sehen könnten in